

## Bundestagswahl am 24. September: Das sagen die KandidatInnen zu unseren Themen im Wahlkreis 168 (Kassel)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,



der DGB Nordhessen hat die KandidatInnen von fünf Parteien gefragt, die im September in den Bundestag gewählt werden möchten, wie Sie zu den wichtigsten politischen Anliegen des DGB stehen. Wir wollten wissen, wie sie zu unseren Positionen stehen bei den Themen Rente, Verkehr, Wohnen, Bildung, Steuern, Mitbestimmung und Tarifbindung. Wir veröffentlichen die Antworten unverändert in dieser Übersicht. So kannst Du Dir und so können Sie sich ein Bild machen, was der DGB politisch erreichen will und welche KandidatInnen uns dabei unterstützen

wollen. Wir hoffen damit die WählerInnen bei ihrer Wahlentscheidung unterstützen zu können.

Für alle vier Bundestagswahlkreise in Nordhessen erstellen wir jeweils eine solche Übersicht, also für:

Kassel, Schwalm-Eder, Waldeck und Werra-Meißner – Hersfeld-Rotenburg.

Alle Auswertungen stehen auf unserer Website: [www.nordhessen.dgb.de](http://www.nordhessen.dgb.de)

Ich möchte Dich und Sie bitten bei der Bundestagswahl am 24. September wählen zu gehen.

Mit kollegialen Grüßen

Michael Rudolph  
(Geschäftsführer des DGB in Nordhessen)









P.S.: Die KandidatInnen der AfD haben wir absichtlich aus der Befragung ausgeschlossen. Die führenden Köpfe der AfD sowie ihr Programm sind demokratie- und gewerkschaftsfeindlich, sie stehen für eine unsoziale und rassistische Politik. Wir rufen dazu auf, diese Partei bei der Bundestagswahl nicht zu wählen.







Der Wahlkreis umfasst: Stadt Kassel, Ahnatal, Espenau, Fuldaabrück, Fuldata, Helsa, Kaufungen, Lohfelden, Nieste, Niestetal, Söhrewald und Vellmar.

**JETZT  
GERECHT**  
**DU HAST DIE WAHL!**





**Rente**

Position des DGB	Position von:	Torsten Felstehausen (Die LINKE)	Timon Gremmels (SPD)	Boris Mijatovic (Bündnis 90/Die Grünen)	Matthias Nölke (FDP)	Dr. Norbert Wett (CDU)
<p><b>Das heutige Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung (48 Prozent) darf nicht weiter sinken (voraussichtlich im Jahr 2030: 43 Prozent). Wir brauchen ein Rentenniveau von etwa 50 Prozent.</b></p>	Das teile ich...	 voll und ganz	 größtenteils	 größtenteils	 größtenteils	<i>keine Antwort</i>
	wenn nötig, Platz für Erläuterung:	Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter wieder sichern und wirksam vor Armut schützen. Eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53% und eine Mindestrente von 1050,-€ ist durch eine Änderung der Beitragsbemessungsgrenze möglich.	Eine verlässliche Altersvorsorge ist das Kernversprechen unseres Sozialstaates – und eine Frage der Gerechtigkeit: Wer sein Leben lang arbeitet, muss auch im Alter den Lebensstandard halten können. Kurzfristig darf das Rentenniveau nicht weiter sinken. Mittelfristig muss das Niveau von 50% Ziel bleiben.	Das Niveau in der Rentenversicherung sollte nicht weiter sinken. Wir achten auf ein angemessenes Verhältnis von Niveau und Beitragssatz, damit auch die junge Generation weiter in die Rentenversicherung vertrauen kann.		Zum Fortbestand des Rentensystems in Deutschland bedarf es auch in Zukunft Anpassungen. Diese dürfen nicht dazu führen, dass jetzige Beitragszahler und kommende Generation übermäßig belastet werden. Durch eigene Zusatzversicherungen, wie Betriebs- oder Riesterrenten, besteht die Möglichkeit nach eigenem Bedarf die gesetzliche Rente aufzustocken.
<p><b>Die ArbeitgeberInnen müssen wieder den gleichen Anteil zur Altersvorsorge zahlen wie die ArbeitnehmerInnen. Aktuell zahlen Beschäftigte 4 Prozent mehr nämlich für die Riesterrente. Das muss ein Ende haben!</b></p>	Das teile ich...	 voll und ganz	 voll und ganz	 größtenteils	 fast gar nicht	<i>keine Antwort</i>
	wenn nötig, Platz für Erläuterung:	In allen Bereichen der Sozialversicherung ist eine paritätische Finanzierung sicher zu stellen.	Die paritätische Finanzierung ist eines der Grundprinzipien der gesetzlichen Rente – dem Fundament unserer Alterssicherung. Betrieblicher und privater Vorsorge dürfen lediglich ergänzender Charakter zugesprochen werden.	Wir wollen in erster Linie die paritätisch finanzierte Rentenversicherung stärken und sie perspektivisch zu einer Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger ausbauen, die zudem besser vor Armut schützt.	Die Arbeitnehmer müssen insgesamt stärker durch Strukturreformen entlastet werden und Beiträge für Altersvorsorge sollten steuerlich voll geltend gemacht werden können.	Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung werden je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer geleistet. Die Riesterrente ist hingegen eine freiwillige, private Altersvorsorge, die staatlich gefördert wird (siehe i.Ü. oben).









**Rente** (Fortsetzung)

Position des DGB	Position von:	Torsten Felstehausen (Die LINKE)	Timon Gremmels (SPD)	Boris Mijatovic (Bündnis 90/Die Grünen)	Matthias Nölke (FDP)	Dr. Norbert Wett (CDU)
<b>Leicht höhere Beiträge in der gesetzlichen Rentenversicherung sind in Ordnung, damit die Menschen im Alter ein besseres Leben haben und keine Angst vor Armut im Alter haben müssen.</b>	Das teile ich...	 überhaupt nicht	 größtenteils	 fast gar nicht	 fast gar nicht	<i>keine Antwort</i>
	wenn nötig, Platz für Erläuterung:	Alle Einkünfte aus Arbeit und Kapital müssen zu einer solidarischen Finanzierung der Rente im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Nur so kann ein Anstieg bei Geringverdienenden verhindert werden.	Angesichts der demografischen Entwicklung brauchen wir einen neuen Generationenvertrag – einschließlich einer „doppelten Haltelinie“, die das Rentenniveau zunächst stabilisiert und zugleich den Anstieg der Beitragssätze – von derzeit 18,7 auf maximal 25 Prozent bis 2045 – begrenzt.	Mit einer grünen Bürgerversicherung ließe sich eine starke positive Wirkung auf Niveau und Beitragssatz erreichen. Sehr positive Effekte hätte es auch, wenn Frauen sich im Berufsleben genauso verwirklichen könnten wie Männer.		Zur Verhinderung von Altersarmut gilt es vor allem dafür Sorge zu tragen dass die Menschen in unserem Land Arbeit haben und so ihre eigenen Altersbezüge ausreichend sichern. Wir haben in dieser Legislaturperiode viel dafür getan, dass Fehlzeiten besser berücksichtigt werden (Erwerbsminderungsrente, Mütterrente) und eine Weiterbildung besser ermöglicht wird (Flexirente).









**Verkehr, Wohnen, Bildung, Steuern**

Position des DGB	Position von:	Torsten Felstehausen (Die LINKE)	Timon Gremmels (SPD)	Boris Mijatovic (Bündnis 90/Die Grünen)	Matthias Nölke (FDP)	Dr. Norbert Wett (CDU)
<b>Der Staat muss mehr in Verkehrswege investieren und weiter allein verantwortlich für sie sein. Das heißt: keine Privatisierung von Straßen und Schienen! Mehr Geld für den ÖPNV!</b>	Das teile ich...	 voll und ganz	 voll und ganz	 voll und ganz	 fast gar nicht	<i>keine Antwort</i>
	wenn nötig, Platz für Erläuterung:	Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Der Druck auf die urbanen Zentren kann nur gemildert werden, wenn Menschen im ländlichen Raum zuverlässig und schnell die Städte erreichen können. Daher fordern wir einen fahr-scheinlosen Nahverkehr für alle.	Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Gerade deshalb brauchen wir eine echte Verkehrswende, die nur gelingen kann, wenn wir den öffentlichen Nahverkehr weiter stärken. Jeglichen Privatisierungsbestrebungen erteilen wir dabei eine klare Absage.	Wir lehnen die Privatisierung der Infrastruktur ab und wollen den Erhalt der Verkehrswege sichern. Wir werden die Mittel für den ÖPNV erhöhen und die Nutzung von Bussen und Bahnen vereinfachen.	Ich bin für mehr Investitionen in Infrastruktur und auch für den ÖPNV. Allerdings sollte man nicht jede Idee, beispielsweise Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn, von Beginn an verwerfen.	Der Bund hat in den letzten vier Jahren mehr denn je in den Erhalt und Ausbau unserer Verkehrswege investiert. Nun gilt es die Rahmenbedingungen für schnellere Planverfahren und für kürzere Bauzeiten zu verbessern und die Länder mehr in die Pflicht zu nehmen. Niemand im Bund strebt dabei eine Privatisierung unserer Infrastruktur an.





**Verkehr, Wohnen, Bildung, Steuern (Fortsetzung)**

Position des DGB	Position von:	Torsten Felstehausen (Die LINKE)	Timon Gremmels (SPD)	Boris Mijatovic (Bündnis 90/Die Grünen)	Matthias Nölke (FDP)	Dr. Norbert Wett (CDU)
<b>Günstige Wohnungen fehlen überall. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass in jedem Jahr mindestens 100.000 neue Sozialwohnungen gebaut werden. Zur Finanzierung von Bildung, Mobilität, Wohnen und weiteren Aufgaben brauchen wir höhere Steuern auf: große Erbschaften, hohe Vermögen und Spitzenverdiener.</b>	Das teile ich...	 voll und ganz	 größtenteils	 voll und ganz	 fast gar nicht	<i>keine Antwort</i>
	wenn nötig, Platz für Erläuterung:	Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf kein Spekulationsobjekt sein. Durch den Bau von Sozialwohnungen und Förderung von Wohneigentum von niedrigen Einkommensbezieher*innen ließe sich die Preisschraube wirksam bekämpfen.	Wohnen darf kein Luxus werden. Deshalb hat die SPD bereits im letzten Jahr durchgesetzt, die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau zu verdoppeln. Mindestens genauso wichtig sind eine langfristig angelegte Wohnungsbau-Offensive sowie wirksame Mietpreisbremsen.	Wir fordern ein Sofortprogramm, um jährlich 100.000 dauerhaft günstige Wohnungen neu zu schaffen und zu binden, wo Familien, Menschen mit kleinem Einkommen und Studierende dauerhaft günstiger wohnen können.		Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass auch in den Städten und Ballungsgebieten das Wohnen erschwinglich bleibt und freie Flächen auch für den sozialen Wohnungsbau vorgehalten werden. Bauauflagen müssen dabei im Rahmen bleiben und nicht zum Hindernis werden.
<b>Zur Finanzierung von Bildung, Mobilität, Wohnen und weiteren Aufgaben brauchen wir höhere Steuern auf: große Erbschaften, hohe Vermögen und Spitzenverdiener.</b>	Das teile ich...	 voll und ganz	 größtenteils	 größtenteils	 überhaupt nicht	<i>keine Antwort</i>
	wenn nötig, Platz für Erläuterung:	Leistungslose Einkommen aus Erbschafts- und Kapitalerträgen müssen im gleichen Maße zur Finanzierung der Gemeinkosten herangezogen werden, wie große Vermögen. Wir streiten für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.	Um notwendige Investitionen in Bildung, Pflege, Infrastruktur und sozialen Wohnungsbau zu finanzieren, werden hohe Vermögen und Spitzeneinkommen einen größeren Beitrag leisten müssen. Einkommen aus Kapitalerträgen darf nicht länger geringer besteuert werden wie Einkommen aus Arbeit.	Wir sehen einen höheren Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro zu versteuernden Einkommen und eine Vermögenssteuer für Superreiche vor. Arbeitsplätze und Innovationskraft sollen dabei geschützt werden. Familien und kleine Einkommen wollen wir gezielt entlasten.	Besitzer großer Vermögen können sich in der Regel das Land aussuchen, in dem sie Steuern zahlen wollen. Hier sollte man das Augenmaß nicht verlieren, um Abwanderungen zu vermeiden. Viel bedenklicher empfinde ich es, dass unsere Rekordsteuereinnahmen offensichtlich irgendwo zu versickern scheinen.	Jeder trägt bereits jetzt, gemessen an seiner Leistungsfähigkeit (Einkommen), zur Finanzierung staatlicher Leistung bei. Für etwaige Steuererhöhungen zu Lasten Privater besteht derzeit aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage Deutschlands kein Anlass.

**Mitbestimmung und Tarifbindung**

Position des DGB	Position von:	Torsten Felstehausen (Die LINKE)	Timon Gremmels (SPD)	Boris Mijatovic (Bündnis 90/Die Grünen)	Matthias Nölke (FDP)	Dr. Norbert Wett (CDU)
<b>Um die Rechte von Arbeitnehmer-gruppen und letztlich einzelne Arbeitnehmer zu schützen, bedarf es eines Verbandsklagerechts für Gewerkschaften und Betriebsräte bei Nichtanwendung des Tarifvertrags oder Verstoß gegen Gesetze.</b>	Das teile ich...	 voll und ganz	 voll und ganz	 größtenteils	 überhaupt nicht	<i>keine Antwort</i>
	wenn nötig, Platz für Erläuterung:	Die zunehmende Individualisierung auf dem Arbeitsmarkt (Werkverträge, Soloselbstständige, Crowdworker etc.) führt zu einer Entrechtung und erhöht den Druck auf das Normalarbeitsverhältnis. Ein Verbandsklagerecht kann hier wirksam helfen.	Verstöße gegen Mindestlohn und tarifliche Lohn- und Gehaltsbestimmungen zeigen: Damit Arbeitnehmer ihren Arbeitgebern auf Augenhöhe begegnen können, sind Durchsetzung und Ausbau bestehender Arbeitnehmerrechte unerlässlich. Deshalb brauchen wir ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften.	Ein Verbandsklagerecht halten wir bei Sachverhalten für notwendig, wo Beschäftigte systematisch benachteiligt werden, z.B. bei Diskriminierung und bei der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern.		Das jetzige Arbeitsrecht gewährleistet jedem Arbeitnehmer und den Gewerkschaften ausreichenden individuellen Rechtsschutz.
<b>Um Behinderungen von Betriebsräten sowie Wahlbewerbern und deren Wahlen entgegen zu treten, ist es erforderlich, die Beeinflussung von Betriebsratswahlen und von Betriebs- und Personalräten im Amt als Straftatbestand (Offizialdelikt) durch Schwerpunktstaatsanwaltschaften verfolgen zu lassen.</b>	Das teile ich...	 voll und ganz	 größtenteils	 größtenteils	 fast gar nicht	<i>keine Antwort</i>
	wenn nötig, Platz für Erläuterung:	Die bisherigen gesetzlichen Regelungen sind ein zahnloser Tiger. Eine Behinderung von Betriebsratswahlen wird i.d.R. nicht verfolgt. Die Obergrenzen der Ordnungswidrigkeiten sollen sich analog der DSGVO nach der Umsatzstärke des Unternehmens richten. Auch hier sollten die Gewerkschaften ein Verbandsklagerecht erhalten.	Wer die Bildung eines Betriebsrats oder dessen Arbeit behindert, macht sich strafbar. In der Praxis läuft dieser Schutz jedoch oft ins Leere. Schwerpunktstaatsanwaltschaften könnten dazu beitragen, Betriebsräte und ihre Arbeit besser zu schützen. In jedem Fall muss der besondere Kündigungsschutz für die Initiatoren einer Betriebsratswahl ausgebaut und das Wahlverfahren vereinfacht werden.	Wenn strukturelle Defizite bei der Verfolgung von Straftaten nach dem § 119 BetrVG bestehen, müssen diese behoben werden – beispielsweise durch die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften.		Siehe vorhergehende Antwort.

**Mitbestimmung und Tarifbindung** (Fortsetzung)

Position des DGB	Position von:	Torsten Felstehausen (Die LINKE)	Timon Gremmels (SPD)	Boris Mijatovic (Bündnis 90/Die Grünen)	Matthias Nölke (FDP)	Dr. Norbert Wett (CDU)
<b>Oft werden Betriebsräte vor vollendete Tatsachen bei Veränderungen im Betrieb gestellt. Um die Beschäftigten besser schützen zu können, brauchen Betriebsräte die erzwingbare Mitbestimmung von bei der Personalplanung und beim Outsourcing.</b>	Das teile ich...	 voll und ganz	 größtenteils	 größtenteils	 fast gar nicht	<i>keine Antwort</i>
	wenn nötig, Platz für Erläuterung:	Die Mitbestimmungstatbestände müssen den geänderten betrieblichen Realitäten angepasst werden um den Herausforderungen der Digitalisierung gerecht zu werden. Hierzu zählen erweiterte Mitbestimmungsrechte ebenso wie Regelungen zur Sicherung der Mitbestimmung in internationalen Konzernen. Die Rechte der hessischen Personalräte im HPVG müssen wider gestärkt werden.	Gerade angesichts der enormen Herausforderungen durch die sich stetig verändernden Arbeitsbedingungen wollen wir die Reichweite der betrieblichen Mitbestimmung erhöhen: Nur mit Mitbestimmung auf Augenhöhe kann der Wandel zur Arbeitswelt 4.0 erfolgreich gestaltet werden.	Betriebs- und Personalräte brauchen mehr Rechte, vor allem bei der Mitsprache über die Menge der Arbeit und bei Zielvorgaben, wenn Vertrauensarbeitszeit die Arbeit entgrenzt und Mehrarbeit entsteht.		Betriebsverändernde Planungen gehören zu den ureigenen unternehmerischen Rechten und Pflichten. Bei Personalveränderungen haben Betriebsräte bereits jetzt Mitwirkungsrechte.